

Dresdner Volkszeitung

Verlagsdruckerei: Dresden
Sabn & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufspreis: Gebt. 1 Pf., Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abzugspreis einschließlich Dringelohn mit den wöchentlichen Belegen
nach der Arbeit und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 R.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonparelletze
30 Pf., die 90 mm breite Vollzeile 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietanzeigen
40 Proz. Rabatt. Für Beilagenbeilage 10 Pf.

Nr. 24

Dresden, Freitag den 29. Januar 1926

37. Jahrg.

Warum Stimmenthaltung?

Das Kabinett Luther beginnt, gestützt auf eine parla-
mentarische Mehrheit von 10 Stimmen, seine Arbeit. Das
ist wahrhaftig keine breite und sichere Basis, aber in den
gegenwärtigen Zeiten muß man das tun, und die Be-
wertung konnte von vornherein nicht erwarten, daß ihr das
Vertrauensvotum von einer größeren Majorität bewilligt
werden würde. Sie ist nicht nur eine Regierung der Mitte,
sondern auch eine, bei der die Parteien, die an ihr beteiligt
sind, nur über eine Wiederwahl im Reichstage verfügen. Für
Abänderung hätte vorbereitet werden können, wenn entweder
die Deutschnationalen oder die Sozialdemokratie ihr ihre
Stimmen zugeführt hätten. Beide Parteien lehnten das ab.
Die Deutschnationalen, weil sie mit den Erklärungen
über die auswärtige Politik nicht einverstanden waren;
die Sozialdemokraten, weil ihnen das Programm
innerpolitisch nicht genügt. Aber die Rechte und die
Linke kamen zu verschiedenen Ergebnissen insofern, als jene
ein ausdrückliches Nein aussprachen, während diese sich der
Stimme enthalten.

Unser Berliner Pressediener begründet die Haltung
unser Fraktion wie folgt:

Es gibt manch einen, der die Stimmenthaltung bemän-
deln wird, und zwar zunächst mit der Motivierung, daß eine
große Partei unter allen Umständen genötigt sei, eine positive
Stellung einzunehmen. Diese Auffassung ist unrichtig.
Stimmenthaltung braucht keineswegs ein Zeichen von
Zweifel oder ein Beweis der Unsicherheit zu sein. Sie kann
ein Abwarten bedeuten, eine Vertagung der end-
gültigen Entscheidung — und das ist hier der Fall.
Die Sozialdemokratie will dem Kabinett Luther die Mög-
lichkeit geben, durch Taten zu beweisen, was es kann und
was es beabsichtigt, und sie will sich dann selbst vorbehalten,
eines Tages den Moment zu bestimmen, an dem sie es ent-
weder stützt oder stürzt. Sie gibt Herrn Luther und seinen
Angehörigen eine Chance und steht einmütig bei Fuß,
um zu sehen, in welcher Weise diese Chance ausgenutzt werden
wird. Sicher müssen wir uns von der falschen Meinung frei-
halten, als ob ein parlamentarische Vertrauensvotum so
etwas wie eine Festlegung auf die Ueberzeugung von der
Wahrheit und Portrefflichkeit eines Kabinetts bedeute. Das ver-
fassungsmäßig notwendige Vertrauen auszusprechen heißt
nichts anderes, als der Regierung die Möglichkeit zum Beginn
ihrer Tätigkeit zu eröffnen und ihr gleichzeitig mindestens
eine einseitige Unterstützung in Aussicht zu stellen. Insofern
und so weit konnte die Sozialdemokratie nicht gehen; dann
kam noch der Gedanke der jetzt beendeten Krise abgesehen:
Wir waren nicht in der Lage, uns auf eine Mitwirkung von
außen her festzulegen. Die Enthaltung war durch die Um-
stände geboten.

Unre Gründe sind kurz in der formulierten Erklä-
rung niedergelegt, die Genosse Freilich in der
letzten Sitzung vorgelesen hat. Dort wird auch aus-
gesprochen, daß wir mit den außenpolitischen Rich-
tungen des Kabinetts in großen und ganzen einverstanden
sind, und daß hat unser Redner in einer sehr wirkungsvollen
Folge gegen den deutschnationalen Abgeordneten von
Länderer auch noch einmal stark unterstrichen. Wir verlangen
jetzt vor allen Dingen den alsbaldigen Eintritt Deutschlands
in den Völkerbund, und wir müßten uns sagen, daß ein
Nein, das wir in dieser Frage ausgesprochen hätten, nur
die Wünsche der nationalistischen Opposition belagert haben
würde.

Sieht ist es so dem Kabinett Luther, durch seine Praxis
nicht zu befehlen. Wir sagen ihm jedenfalls
noch einmal mit aller Deutlichkeit, daß sein
Kabinett von sehr kurzer Dauer sein wird, wenn er etwa ver-
suchen sollte, in der auswärtigen Politik mit uns zu gehen,
was allerdings durch seine innerpolitischen Maßnahmen den
Versuch zu machen, die Gunst der Deutschnationalen zu ge-
 winnen. Der Augenblick konnte dann eintreten, wo uns auch
der Mißtraut auf außenpolitische Interessen nicht länger ver-
wahren würde, das Leben des Kabinetts zu erhalten.

Herr Luther hat in der Reichstagsitzung am Mittwoch
einmal enervierende Worte auch an die Adresse der Rechten ge-
sprachen. Würde er bei früheren Gelegenheiten ähnliche Töne
ausgesprochen haben, so wäre vielleicht schon heute eine größere
politische Mitarbeit geschaffen. Wir wollen jedoch die starken
Töne nicht überhöhen. Alles kommt jetzt auf die Taten an!

Amerika für den Weltgerichtshof

Der amerikanische Senat hat nach langen,
heftigen Auseinandersetzungen und mehr als der erforder-
lichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, in den auf Grund des
Vertrages gebildeten Weltgerichtshof im
Jahre einzutreten.

Der Bescheid des Senats ist als neuer Sieg des Prä-
sidenten Coolidge über die Opposition zu betrachten.

Die allgemeinhinnehmende Bedeutung des Senatsbeschlusses
läßt sich nicht abschätzen, insbesondere in politischer Hinsicht.
Der Bescheid, eine amerikanische Delegation zu
bestimmen, ist der erste Schritt in die Richtung der
Abwärtigen Abrüstungskonferenzen zu ent-
scheiden, bildet den Anfang dieser Neuorientierung, von der
man wünscht, daß sie auf die Dauer über ihre ersten
Schritte hinaus einwirkend wirkt zum Ausbruch kommt.

Der Volksentscheid beginnt!

Durch Beschluß der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-
lands ergeht der Appell an das gesamte deutsche Volk, um
den Ausbruch der Fäden auf das Vermögen des deutschen
Volkes ein Ende zu bereiten. In den Reihen der Partei-
genossen hat dieser Beschluß große Begeisterung und fröhliche
Kampfstimmung ausgelöst. Aber auch in breiten Kreisen
der nichtorganisierten schaffenden Bevölkerung sieht man der
eingeleiteten Aktion mit großer Begeisterung entgegen.

Zum ersten Male seit dem Bestehen der deutschen Reichs-
verfassung soll das deutsche Volk von seinem höchsten Rechte,
dem Rechte der unmittelbaren Gesetzgebung, Ge-
brauch machen. Leider wissen aber nur die wenigsten Be-
scheidung über den richtigen Gebrauch dieses Mittels.

Nicht mit einem einzigen Schlage ist die
Aktion beendet. Sie erstreckt sich vielmehr
auf einen längeren Zeitraum und er-
fordert daher eine anhaltende Anspannung
aller Kräfte, wenn ein Erfolg des Volks-
begehrens verbürgt sein soll.

Die Sozialdemokratische Partei wird ihre Mitglieder von
jeder Ausnahme, die bei den einzelnen Teilkaktionen ge-
troffen werden muß, genau unterrichten. Für die Ver-
breitung dessen, was dann zu tun ist, muß von jedem ein-
zelnen Parteigenossen durch Aufklärung von Mund zu Mund
mitgegeben werden. Sobald der Termin zur Auf-
legung der Einzelkassenlisten für das
Volksbegehren bekanntgegeben sein wird,
werden die Ortsgruppen mit den notwendig
werdenden Maßnahmen vertraut gemacht
werden.

Am die Rassen, die aus Indifferenz oder falscher Pietät
der Aktion feindselig oder gleichgültig gegenüberstehen, zu
mobilisieren, wird die Partei

Veranstaltungen veranstalten, durch Flug-
blätter, Aufrufe usw. für die nötige Auf-
klärung sorgen.

Für die deutsche Hausfrau

Wöchentliche Kochrezepte

Die Deutsche Hausfrau ist natürlich ein deutsches Blatt.
Nicht nur, daß der Leser an Hand jeder Seite aufgefodert
wird, die Deutsche Hausfrau zu lesen, und es bedarf wahr-
haftig einer solchen Erinnerung, nicht nur das! Es wird
auch auf jeder Seite in unruhigem Können geschrieben:
„Deutsche, eßt deutsche Schokolade“, „kauft deutsche
Waren“, „kauft deutsche Weine“, und was sonst noch alles.

In jeder Nummer dieser deutschen Zeitung gibt's auch
ein dreipäuliges Kochrezept. Eine gewisse M. v. B. predigt
dabei: „Was essen wir Sonntag?“ Und dann kommt's:
„Serr Ham und Familie werden noch einem Gieß auf das
Ausland geleitet, was man schnell vor den „Reislingen“
zu sich nimmt, um im Theater keine Stulle heranzuziehen zu
müssen. Zunächst muß der Fisch — „Mittelding zwischen
Eggsch und Reetisch“ — „zierlich, aber nicht zu elegant“ auf-
gebaut werden. Unbedingt geschäufte Porzellangläser,
Mittel- und kleine Teller, keine Bestecke, keine Schüsseln,
rund für die Vorküchen, länglich für die Brot-, usw. usw., wie
auch das so für verzehnte, aber ehrsche Leute geeignet. Und
dann wird empfohlen:

Bouchées Dou Jian
Austernposteluden
Sandwich Windhof
Kleine Kuchen.

Als bindende Soße: „die bekannte Velouté“. Statt Austern
kann man auch gebacken Lachs, Fischchen mit Champignons
und Trüffel mischen. Für die Sandwich Windhof schlägt
der berühmte Koch und Philosph Marlotte, dessen Menüs
studien zu den Klassikern der Wasserliteratur gehören, ein
Streichpuure von gleichen Teilen weichen Fleisch und ge-
pökelter oder geräucherter Schinken vor, die man mit
Butter geschmeidig und mit Senf und etwas Caperspeffter
pikant macht.“ Als kleine Kuchen werden vorgeschlagen:
„Tortelets, sogenannte Petits Fours“, bei denen aber die
„Gelatine“ zu Hause nicht immer recht gelingen soll. La man
vor dem Theater nie Isari essen oder trinken soll, gibt's als
Getränk: Sülzwein. Madeira, Farragona, Porto, Muskat,
oder auch Sherry oder Wermut.“ „Er genügt in keiner
Menge.“ Ein gewaltiges Pokulieren ist nicht am Plat.
Die ganze Mahlzeit nicht mehr als zwanzig Minuten. Und dann
auf zur Feinwäsche! — sagt die Deutsche Hausfrau wörtlich.
Der zum Friederichs Mey, oder in das vollständige Café Mi-
helma, und fröhlich vom deutschen Weine gelungen und feite
aufgefordert, nur die deutsche Weine und deutsche Waren zu
kaufen und nur echt deutsche Zeitungen zu lesen, keine
jüdischen.

Noch einmal soll dabei betont werden, daß nach dem Beschluß
der im beiderseitigen Einverständnis der Arbeiterparteien
eingesetzten Vermittlungskommission des Allgemeinen Deut-
schen Gewerkschaftsbundes alle Aktionen von jeder
Arbeiterpartei selbständig durchgeführt
werden. Es hiesse Selbstverständliches wiederholen, wenn
wir dabei die Parteigenossen insbesondere ermahnen, durch
größte Aktivität alle Veranstaltungen der
Partei zu wichtigen Willenskundgebungen
der breiten Massen zu machen.

Die notwendige Vorbedingung zum Gelingen
des Riesenkampfes, der zweifellos einsetzen wird — eines
Kampfes, wie ihn Deutschland noch nicht gesehen hat —
ist die

Finanzierung des Volksbegehrens.

Die üblichen Parteibeiträge reichen, wie dies jeder Einsichtige
sich selbst sagen muß, zu diesem Kampfe nicht aus. Die
Partei muß daher auf das nachdrücklichste an den be-
währten Opfersinn ihrer Mitglieder appellie-
rieren. Sie wird in den nächsten Tagen Sammellisten in Umlauf setzen lassen. Dann ist es Aufgabe aller,
in den Betrieben, Werkstätten, Kontoren, Bureau, bei ge-
selligen Zusammenkünften und sonstigen Veranstaltungen
die intensivste Sammelstätigkeit zu entfalten. Nur so können
die Millionen aufgebracht werden, die dieses Ringen er-
fordert.

Von jedem Parteigenossen wird daher er-
wartet, daß er restlos seiner Pflicht nachkommt, damit der
Koloss Monarchie nicht noch die letzten Notpfennige der unter
der Wirtschaftskrise, der Inflation und der Nachkriegszeit
ganz besonders schwer leidenden arbeitenden Bevölkerung
verdirbt.

Der Bezirksvorstand der SPD.
Bezirk Ostschlesien.

Sperrung der Fürstenprozesse

Am Reichstages des Reichstages trat Genosse
Landsberg am Donnerstag für ein Sperrgesetz ein, durch das alle
Abfindungsprozesse zwischen den Fürsten und den Fürstenghäusern
zünftig einen Aufschub erhalten sollen. Aus agitatorischen Gründen
führte er aus, möchten die Sozialdemokraten gegen ein Sperrgesetz
sein; denn es könnte ihnen vom agitatorischen Gesichtspunkte aus
nicht erwünschelter sein, als die Fortsetzung der Prozesse,
insbesondere derjenigen der mecklenburgischen Fürsten.
Der Reichstag sei für die Gesetzgebung auf dem Gebiete des bürger-
lichen Verfahrens souverän und könne daher auch bestimmen,
daß Prozesse zwischen Fürsten und Ländern bis zur reichs-
gesetzlichen Regelung der Frage nicht fortgeführt werden dürfen.
Wenn man das Sperrgesetz erläßt, erwarte sich der Reichstag ein
Verbleib um das Volk, das erhebliche Vermögenswerte spare. Als
es sich um die Auswertungsfraße handele, hätten die
Deutschnationalen keinen Verbleib gegen ein
Sperrgesetz erhoben. Sie hätten auch keine verfassungsrechtlichen
Bedenken gehabt, als Reichsjustizminister Semmlinger auf Grund des
Ermächtigungsgesetzes, das Verfassungsänderungen nicht zuließ, durch
den Reichstag nicht angenommen werden dürften. Genosse
Landsberg bezeichnete schließlich das Sperrgesetz als eine un-
bedingte Notwendigkeit.

Der Volkspartei-Wunderlich gab zu, daß die Zuständig-
keit des Reichstages zum Erlaß eines Sperrgesetzes nicht zu be-
streiten sei, zumal die Abfindungsfrage die öffentliche Ordnung und
Sicherheit des Reiches außerordentlich berührt, nachdem von zwei
großen Parteien ein Volksentscheid darüber beantragt worden ist.
Das Sperrgesetz, wie es erlassen werden soll, habe auch keinen ver-
fassungsändernden Charakter. Der Ausschuss wird keine Beratungen
am Dienstag kommender Woche fortsetzen.

Warum wird nicht eingegriffen?

Putschbewegungen in Preußen

SPD. Die in letzter Zeit sich immer mehr verdichtenden
Gerüchte über die Zusammenziehung putschischer Gruppen
um die Reichshauptstadt haben mehrfach Alarmrufe gezeitigt.
Diese Alarmrufe sind, wie der Soz. Pressediener von maß-
gebender Stelle erfährt, keineswegs aus der Luft gegriffen.
Selbstverständlich ist an eine ernste Bedrohung der Republik
durch aktionsfähige Putschistenverbände nicht zu denken. Wichtig
ist jedoch, daß vor allem in der Neumark in den Kreisen
Soldat, Grenzschutzmänner und Putschgrößen Gruppen angeblicher
Arbeitslosen mit landwirtschaftlichen Arbeiten, vor allem mit
Holzfällen, beschäftigt werden. Diese Gruppen stehen zweifellos
in Verbindung mit den ihrer rechtstextlichen Stellung wegen
bekannten ländlichen Reitervereinen „Rieten“, „Schnidig“ und
„Löhner“. Inwieweit Manschaften der ehemaligen Schwarzen
Reichwehr an dieser „Gruppenbildung“ beteiligt sind, ist vorläufig
noch nicht festgestellt worden. Die preussische Polizei
ist jedoch schon seit einigen Monaten damit beschäftigt, die in